

„Was kann die Jugendarbeit aus dem Bürgerprotest in Stuttgart lernen?“

Berthold Frieß, Landesgeschäftsführer BUND-Landesverband Baden-Württemberg e.V.

1. Die Protestbewegung steht im Gegensatz zum Anpassungsdruck der auf der „Generation Praktikum“ durch Entwicklungen im Bildungsbereich, wie etwa die Verkürzung der Schulzeit „G 8“ und dem „Bologna-Prozess“, lastet.
2. Die Motive für den Protest sind vielfach nicht Eigennutz und Besitzstandwahrung, sondern Verantwortung gegenüber kommenden Generationen und auch eine Rebellion gegen die Arroganz der Macht.
3. Die Proteste reihen sich ein in die Etablierung von neuen Protestformen wie beispielsweise Occupy Wallstreet.
4. Die Protestbewegung ist überdurchschnittlich gebildet, informiert und war bislang größtenteils nur selten oder gelegentlich an Protesten beteiligt.
5. Die Protestbewegung zeichnet sich durch ein hohes Maß an Informiertheit und Engagement aus.
6. Die Methoden der Protestbewegung haben sich diversifiziert und die ProtestgegnerInnen bedienen sich einer Vielzahl an kreativen und innovativen Mitteln des Protestes.
7. Die Protestbewegung lebt von vielen handlungsorientierten Methoden und von politischer Beteiligung und ist damit auch eine Frucht der Bildungsarbeit der Jugendarbeit.
8. Eine Weiterentwicklung von Partizipationsformen in der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit ist notwendig.
9. Die demokratische Mitgestaltung des Gemeinwesens muss praktisch erlernt und eingeübt werden.
10. Bürgerschaftliches Engagement – etwa im Rahmen der Jugendarbeit – ist ein wichtiger Anstoß für kollektive und individuelle Lernprozesse im Rahmen einer zukunftsfähigen Entwicklung.
11. Der Erwerb von Gestaltungs- und Handlungskompetenz ist der Schlüssel für eine sachkundige Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen.
12. Die Jugendarbeit sollte vor dem Hintergrund wachsender gesellschaftlicher Komplexität die globalen Herausforderungen und ihre sachlichen, räumlichen, zeitlichen und sozialen Kontexte in die Lernprozesse integrieren.
13. Etablierte Strukturen haben ihre Berechtigung und sollten jedoch offen bleiben für die Kooperation mit informellen Netzwerken.
14. Eine Verankerung von echter, ergebnisoffener und frühzeitiger Bürgerbeteiligung im Planungsprozess ist notwendig.